

D I E E N T S C H L I E S S U N G E N

DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU
auf den Bundestagungen 1952 - 1958

S i e g e n , 14. - 16. März 1952

Zum Thema: "Unsere politische Verantwortung in einem geteilten
Deutschland"

I.

Wir wissen, daß politische Fragen nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müssen. Das entbindet uns nicht von der Aufgabe, jede politische Entscheidung sowie jede andere Entscheidung unseres persönlichen Lebens darauf zu prüfen, ob sie vor dem Worte Gottes bestehen kann. Wir verwahren uns aber dagegen, daß politische Entscheidungen als Glaubensentscheidungen hingestellt werden.

II.

Der politische Weg der Bundesregierung hat folgende Ziele:

1. Die Herstellung deutscher Freiheit und Souveränität, zunächst für den unserer engeren Verantwortung anvertrauten Bereich der Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Sicherung Deutschlands gegen eine gewaltsame Vernichtung seiner Freiheit und seiner politischen Ordnung durch eine mit den Mitteln des kalten Krieges oder der offenen Gewalt betriebene Ausdehnung des Bolschewismus.
3. Die Wiedervereinigung mit den unter kommunistischer Herrschaft stehenden Deutschen in einem freien deutschen Staat.
4. Die Einordnung zunächst der Bundesrepublik und später ganz Deutschlands in ein föderativ gestaltetes Europa zum Schutze der den europäischen Völkern gemeinsamen geistigen Grundlagen und zur Förderung der wirtschaftlichen Kraft und politischen Freiheit dieses Europas.

Wir haben mit Ernst geprüft, ob der von der Bundesregierung beschrittene Weg deutscher und europäischer Politik diesen Zielen dient oder ob wir aus unserer evangelischen oder gesamtdeutschen Verantwortung dagegen Bedenken erheben müssen.

Wir sind einmütig zu dem Ergebnis gekommen, daß ein anderer Weg der deutschen Politik heute nicht möglich ist. Bei dieser Entscheidung bestimmen uns folgende Gründe:

1. Durch den Zwang der politischen Verhältnisse ist Deutschland zu einer Entscheidung zwischen Ost und West genötigt. Irgendeine Form der Neutralisierung zwischen den Mächten ist nach unserer Meinung unmöglich.

Eine politische Entscheidung für den kommunistischen Osten ist für uns nicht denkbar.

Die Entscheidung zur Zusammenarbeit mit den westlichen Mächten bedingt die Überwindung des seit 1945 bestehenden Zustandes politischer Unfreiheit durch Verträge Deutschlands mit den Westmächten. Wir begrüßen, daß diese Verträge vor dem Abschluß stehen.

Unsere Zusammenarbeit mit dem Westen bedingt aber auch, daß wir aus eigener Entscheidung einen unseren Kräften angemessenen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Aufbau und zur militärischen Sicherheit Europas leisten.

2. Die gegen einen Verteidigungsbeitrag in der Öffentlichkeit vorgebrachten Gründe haben wir sorgsam geprüft. Wir haben uns von keinem überzeugen lassen können.

Wir verstehen die tiefgreifende innere Zurückhaltung des deutschen Volkes gegen eine Bewaffnung und teilen seinen Abscheu gegen den Gedanken eines Krieges. Dagegen haben wir erwogen, daß die Geschichte für das deutsche Volk keine Pausenmacht, sondern daß wir uns heute gemäß den politischen Tatsachen in der Welt entscheiden müssen. Der bequeme Ausweg des Nichtstuns und des Abwartens kann darum keine Förderung der deutschen politischen Lage sein.

Die Behauptung, daß die Sowjetunion an keinen Angriff denke, mag heute richtig sein; sie kann uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß bis jetzt keine Anzeichen dafür sichtbar geworden sind, daß der russische Kommunismus auf seine Ausdehnungsbestrebungen verzichtet. Wir wissen, daß er bereit ist, nach seinem Gutdünken dafür nicht nur die Mittel des kalten, sondern auch des heißen Krieges zu benutzen. Darauf müssen wir uns einstellen.

Damit sagen wir nicht, daß wir etwa mit einem Kriege rechneten oder ihn gar wollten. Uns als Christen ist insbesondere aufgetragen, für den Frieden einzutreten. Wir können das aber nicht nur mit Erklärungen tun, sondern müssen dazu die uns gegebenen politischen Mittel gebrauchen. Der Verteidigungsbeitrag hat daher für uns das Ziel, Europa und mit ihm Deutschland so stark zu machen, daß der Osten keinen Angriff riskiert. Der geplante Verteidigungsbeitrag ist für uns das wirksamste Mittel zur Sicherung des Friedens.

Die Befürchtung, daß wir mit einem Eintritt in eine europäische Verteidigungsgemeinschaft in die Gefahr kämen, zum willenlosen Instrument westlicher Politik und eines denkbaren westlichen Präventivkrieges zu werden, haben wir ebenfalls geprüft. Wir glauben, daß ihrem Wesen nach und auch nach der Lagerung ihrer Gesamtinteressen die westlichen Mächte nicht den Krieg, sondern den Frieden wollen. Einen Einfluß auf die Gestaltung der Politik des Westens und auf eine von uns erhoffte friedliche Regelung der zwischen West und Ost ausgebrochenen Fragen können wir aber nur nehmen, wenn wir gleichberechtigtes Glied dieses Westens sind.

3. Nach unserem evangelischen Verständnis der Pflichten des Bürgers zur Verteidigung des Staates ist die am besten geeignete Form des Wehrdienstes die allgemeine Wehrpflicht. Wir bejahen die im Grundgesetz vorgesehene Achtung der Gewissensentscheidung des einzelnen Bürgers in der Frage der Heranziehung des Kriegsdienstes mit der Waffe.

Wir widersprechen als Christen der falschen Auffassung, als ob der einzelne Mensch durch eine den Kriegsdienst grundsätzlich ablehnende persönliche Entscheidung eine vor dem Wort Gottes bessere Haltung einnehme als derjenige, der Wehrdienst leistet. Politischer Pazifismus verkennt das Wesen

wiederhergestellt werden könnte. Wir sind aber bereit, jeden Weg, der sich hier auftun sollte, ernsthaft zu prüfen und - wenn er gangbar erscheint - ihn auch zu gehen. Ziellose gesamtdeutsche Gespräche sind für uns kein geeigneter Weg, den Deutschen im Osten zu helfen.

Wir sehen in der Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 10.3.52 einen Erfolg der Politik der Bundesregierung, da damit ein Gespräch zwischen den Mächten veranlaßt wird, auf denen die Verantwortung für die Teilung Deutschlands ruht. Wir bitten die Bundesregierung, sich bei ihren Beratungen mit den Westmächten dafür einzusetzen, daß auch diese nichts unversucht lassen, das von ihnen gleichfalls bejahte Ziel der deutschen Wiedervereinigung zu verwirklichen.

Wir rufen die evangelischen Menschen in Deutschland auf, angesichts der Tatsache, daß fast die Hälfte der evangelischen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin wohnt, alles zu tun, um diesen Deutschen durch tatsächliche Bekundung unserer Gemeinschaft und Liebe zu zeigen, daß unsere ganze Politik die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes in einem Staate zum vornehmsten Ziel hat.

v.

Wir wissen, daß wir evangelische Verantwortung in einem geteilten Deutschland nur wahrnehmen können, wenn wir es als bewußte evangelische Christen tun. Das hindert weder unsere politische Verbundenheit mit unseren katholischen Brüdern, denen wir uns in einer gemeinsamen Verantwortung für die christliche Grundlegung deutscher Politik eins wissen, noch stört es unsere Glaubensgemeinschaft mit evangelischen Brüdern, die andere politische Wege als wir gehen zu müssen meinen.

Wir hoffen aber, daß unsere evangelischen Glaubensgenossen erkennen, daß wir auch in der Politik zu einer besonderen evangelischen Verantwortung gerufen sind, und erwarten, daß wir in unserer Arbeit ihre Hilfe mehr, als es bisher vielfach der Fall war, finden. Wir erwarten auch, daß unsere evangelische Kirche, besonders in ihren verantwortlichen Männern und Kirchenleitungen dazu hilft, daß unser Wollen ernst genommen wird. Dazu gehört insbesondere, daß allen Versuchen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten, der

der sündigen Welt und kann aus dem christlichen Glauben nicht begründet werden. Die Gewissensentscheidung des Einzelnen darf nicht zum Vorwand für eine Haltung werden, die ohne innere Bindung sich der gemeinsamen Verantwortung für den Staat und die Nächsten ohne Not entziehen will. Wir wünschen, daß das kommende Bundesgesetz zu dieser Frage klare Weisungen gibt und unabhängige richterliche Behörden mit der Entscheidung solcher Fragen beauftragt. Die Anerkennung der Gewissensentscheidung gegen den Waffendienst muß u.E. mit der Heranziehung zu anderen Diensten im Interesse des Volkes verbunden sein.

4. Die ernste Sorge, daß durch die Kosten eines Verteidigungsbeitrages die Erfüllung der sozialen Aufgaben des Staates und insbesondere die Fürsorge für die Vertriebenen gefährdet werde, hat uns sehr bewegt. Wir erwarten, daß alles getan wird, damit die Erfüllung dieser vordringlichen Aufgaben unseres Staates nicht beeinträchtigt wird. Wir haben aber dabei auch erwogen, daß die bei Ablehnung eines deutschen Verteidigungsbeitrages zur Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendige Verstärkung der Besatzungstruppen uns sicher mit noch höheren Lasten bedrücken würde und daß bei einem Abzug der Besatzungstruppen die Auslieferung Deutschlands an den östlichen Kommunismus alle in den vergangenen Jahren erreichten großen sozialen Fortschritte völlig vernichten würde.

IV.

Am meisten bedrückt uns die Sorge, ob durch einen Verteidigungsbeitrag die unheilvolle Trennung beider Teile Deutschlands noch verstärkt wird. Wir müssen dazu erklären:

Wenn wir einen Verteidigungsbeitrag befürworten, tun wir es in dem Willen, den Frieden und die Freiheit Deutschlands zu sichern. Wir tun das nicht nur im Interesse des Westens, sondern auch des Ostens Deutschlands. Eines Tages wird das ganz Deutschland zugute kommen. Keiner der Kritiker, die einen Verteidigungsbeitrag mit Rücksicht auf die Gefährdung der deutschen Einheit ablehnen, hat uns einen Weg gewiesen, wie heute die deutsche Einheit in Freiheit auf andere Weise schneller und wirksamer

wir uns jederzeit gern stellen, durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir wollen, daß politische Fragen nüchtern und sachlich politisch erörtert werden. Wenn das geschieht, werden wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen.

Zum Thema: "Unsere kulturpolitische Aufgabe"

Als evangelische Politiker der CDU stehen wir auf dem Boden des vollen Elternrechtes. Elternrecht ist für uns Elternverantwortung, die sich schon aus Vaterschaft und Mutterschaft ergibt und die im Wort der Heiligen Schrift begründet und durch das Sakrament der Taufe schlechthin verbindlich gemacht ist. Dieses Elternrecht gehört zu den Grundrechten der Demokratie. Wir evangelischen CDU-Politiker fordern Raum für eine echte evangelische Unterweisung unserer Kinder. Der Religionsunterricht muß deshalb ordentliches Lehrfach sein. Der Religionslehrer bedarf der Bevollmächtigung durch die Kirche und bleibt an sie gebunden. Von der staatlichen Schulgesetzgebung verlangen wir, daß sie Schulformen bereitstellt, die es dem evangelischen Lehrer ermöglichen, alle Fächer und seine gesamte Erziehungsarbeit von den Kräften des Evangeliums durchdringen zu lassen. Die in den einzelnen Ländern gewachsenen Schulordnungen sind danach zu werten, inwieweit ihre organisatorischen Formen diesen Forderungen entsprechen.

H a n n o v e r , 5. - 7. Juni 1953

Zum Thema: "Evangelische Kulturpolitik"

1. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU beobachtet mit Empörung die Christenverfolgung in der sowjetisch besetzten Zone, die das, was wir in der Nazizeit erlebt haben, noch weit hinter sich läßt. Jeder muß jetzt erkennen, wohin der Totalitätsanspruch des Staates, insbesondere auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nicht zuletzt in der Schule, führt. Wir lehnen jeden Totalitätsanspruch ab und bestreiten ganz besonders, daß das Erziehen und Lehren ein ursprüngliches staatliches Hoheitsrecht sei. Der Staat ist nicht Herr der Schule, sondern soll mit den ihm gemäßen Mitteln der Schule dienen.

2. Im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen als evangelische Politiker steht der Mensch in seiner Eigenart und in seinen besonderen Bindungen und Beziehungen.

Seine persönliche Verantwortung für sein und seiner Umwelt Leben muß geweckt, gestärkt und ermöglicht werden. Sie kann letztlich durch keine über- und unpersönliche Institution vollgültig übernommen werden.

Alle Bemühungen, persönliche Verantwortung auf unpersönliche Einrichtungen abzuwälzen oder staatliche bzw. gesellschaftliche Zuständigkeiten auf Kosten des persönlichen Lebensbereiches auszudehnen, sind durch verstärkte Bereitschaft zur unmittelbaren Übernahme persönlicher Verantwortung wirksam zu bekämpfen.

Auch ein - etwa durch Staat oder Kommune - stellvertretend übernommener Dienst muß sich seiner auftragsweisen Betätigung ständig bewußt bleiben. Es muß Sorge getragen werden, daß die ursprünglichen und eigentlichen Verantwortungsträger an der Lösung der unpersönlichen Institutionen übertragenen Aufgaben angemessen und wirksam beteiligt werden.

Wir rufen die evangelischen Eltern- und Lehrerschaft in die Verantwortung.

Zum Thema: "Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa"

Mit der gesamten CDU/CSU bekennen wir uns gerade in diesem Augenblick zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa. Dieses Ziel wollen wir in Frieden erreichen. Das ist angesichts der Weltlage und insbesondere der Politik der Sowjetunion nur möglich durch unser gemeinsames Handeln mit der freien Welt.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben erneut die Richtigkeit dieser Politik bewiesen. Sie wird von immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes bejaht. Verneint wird sie nur noch von der parteipolitischen Opposition und von gewissen Gruppen, die besonders in evangelischen Kreisen den verführerischen Wunschtraum nähren, die Bundesrepublik könne jetzt eine Politik des Ausweichens und der Neutralität betreiben.

Hierzu erklären wir:

1. Das ist eine gefährliche Verkennung und Verharmlosung der Politik der Sowjetunion. Sie verstärkt seit 1945 ununterbrochen ihre Rüstung. Sie setzt immer noch ihre Hoffnung auf die Schwäche, die Uneinigkeit und den Zerfall der freien Welt. Durch eine Politik der Stärkung und Einigung des Westens muß der Sowjetunion bewiesen werden, daß diese ihre Erwartung falsch ist. Eine Politik der Neutralität leistet ihrer Spekulation Vorschub und verzögert dadurch die Wiedervereinigung.
2. Es ist eine Verkennung unserer eigenen Möglichkeiten, zu behaupten, daß wir unser Ziel der Wiedervereinigung ohne Freunde und Verbündete erreichen könnten. Neutralität der Bundesrepublik würde Abkehr vom Westen, den Verlust unserer Freunde und damit die Auslieferung an die Sowjetunion bedeuten. Die Wiedervereinigung in Freiheit ist ohne Unterstützung durch die freie Welt nicht zu verwirklichen.
3. Es ist eine Verkennung der Politik der Westmächte, anzunehmen, sie müßten unsere Freiheit unter allen Umständen verteidigen, auch wenn wir selbst nicht bereit sind, hierzu einen Beitrag zu leisten. Wir achten das Bekenntnis zur Ge-

3. Die Verwirklichung der Elternverantwortung in evangelischer Sicht ist nur möglich, wenn die Eltern am Leben, an der Arbeit und der Verwaltung der Schule ihrer Kinder in vertrauensvoller, enger Zusammenarbeit mit den Lehrern tatsächlich verantwortlich beteiligt werden. Nur so kann die pädagogische Grundforderung verwirklicht werden, daß jede Schule ein lebendiger Organismus werden soll. Alle Bemühungen auf diesem Gebiet sollten in der Richtung auf eine echte Selbstverwaltung der einzelnen Schulen durch die Eltern und Lehrer hinzielen. Nur so kann die wahre Freiheit des Lehrers als Erzieherpersönlichkeit gesichert werden.
4. Wir wehren uns gegen jede Nivellierung und Uniformierung der Schule, insbesondere gegen die Aufhebung der sachlich gebotenen und geschichtlich gewordenen Eigenständigkeit der einzelnen Schularten und Bildungswege. Besondere Aufmerksamkeit ist der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Volksschule, ganz besonders auch auf dem Lande, zu schenken. Für eine abgeschlossene Volksschulbildung müssen besondere Berechtigungen gewährt werden.
5. Der Stand des Lehrers ist in seiner sozialen Stellung zu heben. Er muß die seiner Vorbildung und kulturellen Bedeutung entsprechende wirtschaftliche Sicherung, insbesondere eine gerechte Besoldung, erhalten. Darüber hinaus sollten die Gemeinden dafür Sorge tragen, daß durch den Bau von Lehrerwohnungen in ihren Schulbezirken die Verbundenheit von Lehrer und Gemeinde gefördert wird.
6. Wir evangelischen Politiker fordern in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz weitestgehende Förderung der Privatschulen, insbesondere ihre rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die Privatschulen den Unterhaltsträgern öffentlicher Schulen finanzielle Lasten abnehmen und in der gegenwärtigen pädagogischen Situation als Beispielschulen wertvolle Pionierdienste leisten.

waltlosigkeit aus christlicher Gewissensentscheidung. Wir machen aber mit allem Ernst darauf aufmerksam, daß ein solches Bekenntnis nur möglich ist, solange die Söhne der freien Völker für uns Waffen tragen. Im Machtbereich der Sowjetunion ist das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit Staatsverbrechen.

4. Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, zu behaupten, daß Unterlassung von Verteidigung den Frieden sichere. Die Behauptung, daß militärische Bereitschaft zwangsläufig zum Kriege führe, ist eine unverantwortliche Irreführung. Die Vergangenheit lehrt, daß Nicht-rechtzeitige-Verteidigungsbereitschaft erst recht Kriege heraufführen kann. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft will keinen bewaffneten Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Der europäische Soldat der Zukunft soll nicht Schlachten gewinnen, sondern Kriege verhüten. Wir wollen als Schutzgemeinschaft der freien Völker einen Damm aufrichten, der dem kalten und heißen Krieg Einhalt gebietet und dadurch die unerläßliche Voraussetzung schafft für eine erfolgreiche Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands.
5. Wir führen unsere Politik im Bewußtsein unserer ständigen Verantwortung für die Menschen in der Sowjetzone. Es ist nicht wahr, daß sich diese Menschen durch die Politik der europäischen Einigung und Verteidigung im Stich gelassen fühlen. Nirgends ist die Zustimmung zu dieser Politik größer als in der Sowjetzone. Nirgends ist die Ablehnung einer neutralistischen Politik entschiedener als dort. Unter dem zunehmenden Druck der Bolschewisierung auf allen Gebieten, der Vernichtung aller selbständigen Existenzen, der Verschärfung des sozialistischen Klassenkampfes und der Verfolgung der Christen erwartet die Sowjetzone ihre Befreiung einzig und allein durch den Zusammenschluß der freien Welt.

Wir wiederholen die dringende Bitte, die wir auf unserer vorjährigen Tagung in Siegen ausgesprochen haben: daß in den evangelischen Kirchen allen Versuchen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir fordern, daß politische Fragen nüchtern und sachlich er-

örtert werden. Wenn das geschieht, wollen wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen.

Zum Thema: "Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche"

Wir stellen fest, daß die Übernahme eines politischen Auftrags im Rahmen der CDU/CSU die lebendige Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi voraussetzt.

Wir legen Wert darauf, daß die Aufgaben von Kirche und politischen Parteien sorgfältig gegeneinander abgegrenzt werden.

Wir haben erkannt, daß jede politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betätigung im öffentlichen Leben von einem an Gottes Wort gebundenen Gewissen bestimmt sein sollte.

Wir erkennen an, daß die Träger eines kirchlichen Amtes wegen ihres seelsorgerlichen Auftrages an allen in der politischen Auseinandersetzung des Tages eine gewisse Zurückhaltung bewahren müssen. Diese Zurückhaltung entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, sich über die Tatsachen zu unterrichten, die das politische Handeln bestimmen, persönlich am politischen Geschehen Anteil zu nehmen und Stellung zu beziehen. Dabei ist jedoch der Anschein zu vermeiden, als bedeute die persönliche Stellungnahme jeweils eine verbindliche Entscheidung der Kirche.

Wie jedes andere Gemeindeglied darf auch der christliche Politiker erwarten, daß die Kirche ihn in seiner politischen Verantwortung nicht im Stich läßt.

Die Zusammenarbeit der Konfessionen mit dem Ziel einer Stärkung der christlichen Verantwortung im politischen Leben Deutschlands liegt uns besonders am Herzen. Wir möchten sie weder durch überkommene Vorurteile, noch durch konfessionelle Engherzigkeit gefährdet sehen. Wir erklären aber nachdrücklich, daß durch die Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum die Konfessionsunterschiede weder beseitigt noch verharmlost werden sollen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ruft den gesamten evangelischen Volksteil aus seiner politischen Gleichgültigkeit heraus. Er will auch verhindern, daß die evangelischen Kräfte im politischen Bereich zersplittert werden. Damit wird zugleich

die Behauptung widerlegt, die CDU/CSU sei eine einseitig katholische Partei.

In der redlichen Zusammenarbeit aller Christen sehen wir eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden in Freiheit.

W u p p e r t a l , 11. - 13. Juni 1954

Zum Thema: "Überwindung der Verweltlichung des Lebens"

1. Die Parolen eines "Kampfes gegen den Klerikalismus und gegen die Konfessionalisierung" werden in der letzten Zeit von mancher Seite immer häufiger in dem gleichen Sinne gebraucht, in dem der Nationalsozialismus mit diesen Schlagworten jeden Einfluß des Christentums aus dem öffentlichen Leben und schließlich auch aus der privaten Sphäre ausschalten wollte. Wenn man dem christlichen Glauben grundsätzlich die gestaltende Kraft für das öffentliche Leben abspricht, kann man ihn auch nicht für das persönliche Leben des Einzelmenschen erhalten.
2. Wer heute den Menschen zum Maß aller Dinge erklärt und zugleich verlangt, daß der christliche Glaube nur als eine rein private Angelegenheit ohne jede maßgebliche Bedeutung für das politische Denken und Handeln gelten soll, der öffnet dem Aberglauben an die eigene Selbstherrlichkeit, an den Übermenschen und an den Nihilismus Tür und Tor. Er gibt das öffentliche Leben der inneren Grundsatzlosigkeit preis und macht sich mitschuldig an einer wachsenden Urteilslosigkeit und an einer dann unvermeidbaren Anfälligkeit gegenüber politischer Demagogie.
3. Echte Freiheit zur Bildung eigener Überzeugungen auch im Bereich des Politischen, Gewissensfreiheit und Freiheit von jedem religiösen Pharisäismus kennzeichnen gerade die christliche Grundhaltung und sind keineswegs die Vorrechte von Kräften, Gruppen und Parteien, die ihre religiöse Neutralität betonen.

4. Die CDU/CSU sieht es nicht als ihre Aufgabe an, den politischen Einfluß der Kirchen zu stärken oder mit politischen Mitteln Glaubensmission zu treiben. Ihre Glieder wissen sich aber verpflichtet, in der Zusammenarbeit katholischer und evangelischer Christen ihre politischen Entscheidungen vor Gott zu verantworten, der seinen Willen in seinem Wort kundgetan hat. Die CDU/CSU weiß sich mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes einig, wenn sie dafür eintritt, daß die christlichen Kirchen unbehindert den ihnen aufgetragenen Dienst am Evangelium und an ihren Gliedern in aller Öffentlichkeit ausüben können. Sie bejaht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit staatlicher und kirchlicher Stellen in gegenseitiger Unabhängigkeit voneinander.
5. Eine bevorzugte Förderung religiös indifferenten Wohlfahrtsarbeit gegenüber den caritativen Werken der christlichen Kirchen wird als einseitige Parteinahme für eine Verweltlichung des Lebens abgelehnt, weil sie auf eine Einengung christlicher Wirkungsmöglichkeit abzielt. Staatliche Mittel müssen unter dem Gesichtspunkt der Zweckentsprechung und der größtmöglichen Wirksamkeit zur Verfügung gestellt werden. Schon die Beachtung dieses Grundsatzes wird der unaufhörlich fortschreitenden Verweltlichung der Wohlfahrtsarbeit entgegenarbeiten.
6. Das christliche Element in der Jugenderziehung und in der gesamten Jugendarbeit muß als staatspolitisch bedeutsam anerkannt und gepflegt werden, denn es ist die grundlegende Voraussetzung für die Bewahrung unseres geschichtlichen Erbes und für die Erweckung und Erhaltung unserer Verantwortungsbereitschaft gegenüber der Zukunft. Nur so kann die Jugend befähigt werden, den Verlockungen des Totalitarismus in seinen verschiedenen Gestalten zu widerstehen.
7. Der gesetzliche Schutz der Sonntagsheiligung und die öffentliche Anerkennung christlicher Feiertage sind nicht nur eine unabdingbare Lebensnotwendigkeit für "praktizierende Christen", sondern auch ein entscheidender Schutz des gesamten Volkes gegen den Verfall an eine Verweltlichung, in der schließlich alles Heilige, Unantastbare, Seelische und die eigentliche Menschlichkeit des Menschen untergehen müßten. Wir müssen für Gottes Wort Zeit, Muße und Besinnung haben.

8. Der Respekt vor christlich geprägter Sitte und die Pflege christlich bestimmten Brauchtums in Dorf und Stadt in den geschichtlich gewordenen und landschaftlich bedingten Formen sind wirksame Hilfen gegen die Gefahren einer Verweltlichung des Lebens.
9. Jede christliche Überwindung dieser Verweltlichung muß sich täglich bewähren in praktischer Hilfsarbeit, in der Sinngebung für die Freizeit, im Miteinander von Einheimischen und "Zugezogenen", im Zusammenleben evangelischer und katholischer Christen und in der Begegnung von Christen und Nichtchristen, in der Verbundenheit mit den Brüdern und Schwestern im Osten und auch im Verhalten von politischen Gegnern zueinander.
10. Verweltlichung ist Absperrung von der wahren Quelle allen Lebens und Abkehr von dem ewig gültigen Anspruch und Zuspruch Gottes gegenüber dem ganzen Dasein des Menschen. Diese Verweltlichung, an der wir immer wieder alle mitbeteiligt sind, kann nur durch das Evangelium überwunden werden. Die Politik steht vor der Entscheidung, ob sie dieser Überwindung dienen oder ob sie ihr im Wege stehen will.

Zum Thema: "Aufgaben und Grenzen des Staates in der Erziehung"

Die Erziehung ist vornehmste Pflicht der Eltern. Der Staat kann Erziehungsaufgaben nur als Stellvertreter der Eltern übernehmen.

Aus der ihm übertragenen Sorge für das öffentliche Wohl ergibt sich für den Staat die Aufgabe, seinen Bürgern die für das gesellschaftliche Zusammenleben notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Er ist für den rechten Ausgleich zwischen organisch gewachsener Mannigfaltigkeit und notwendiger Einheit im Bildungswesen als Treuhänder verantwortlich. Seine eigentliche Aufgabe aber besteht nicht darin, von sich aus kulturelle und unterrichtliche Einrichtungen zu schaffen und zu vermehren, sondern es sind den ursprünglich zur Erziehung Verpflichteten alle Möglichkeiten zu geben, ihrer pädagogischen Verantwortung gerecht zu werden.

Er hat dabei zur Verwirklichung der Einheit der Erziehung in Elternhaus und Schule und zur Wahrung der Gewissensfreiheit Schularten zur freien Entscheidung der Eltern bereitzustellen, in denen die Kinder im Geiste ihres Glaubens oder auf der Grundlage ihrer Weltanschauung unterrichtet und erzogen werden. Hierzu gehört auch, daß die Eltern am Leben und an der Arbeit der Schule verantwortlich beteiligt werden.

Um die Gefahren parteipolitischen Mißbrauchs und der Bürokratisierung möglichst auszuschalten, ist die Schaffung unabhängiger Körperschaften erforderlich, die den Regierungen, parlamentarischen Ausschüssen und den Schulbehörden beratend zur Seite stehen und von diesen vor Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung gehört werden müssen.

Zum Thema: "Das evangelische Anliegen bei der Wiedervereinigung Deutschlands"

Die Berliner Konferenz hat vor der Welt offenbart, daß die sowjetische Macht gegenwärtig nicht gewillt ist, eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzulassen. Ebenso ist es der Welt offenbar, daß die Deutschen, die in der sowjetischen Zone leben, die dort herrschende Unfreiheit leidenschaftlich ablehnen und sich mit dem derzeitigen Zustand niemals abfinden werden.

Wir kennen ihr Leid und ihre Hoffnung und rufen ihnen zu:

"Alles, was wir in der Bundesrepublik für den Neuaufbau unseres Staates und sozialen Lebens tun, geschieht im ständigen Bewußtsein der großen Verpflichtung für Euch. Wir erstreben mit allem, was an uns liegt, die Wiedervereinigung. Dabei sind wir uns Eures Einverständnisses sicher, daß dieses Ziel durch die Politik der europäischen Einigung und durch die Festigung der freien Welt zu erreichen ist.

Wir wissen, daß Ihr Euch nicht verwirren laßt durch die verlogene Fragestellung einer sogenannten Volksabstimmung.

Wir wissen, daß Ihr Euch nicht von der klaren Erkenntnis abbringen laßt, daß EVG und Friedensvertrag keine Gegensätze sind.

Wir wissen, wie Ihr Euch entscheiden würdet, wenn Ihr Eure Stimme in Freiheit erheben könntet.

Wir bekennen uns zu Euch und zu unserer brüderlichen Verbundenheit in Worten und Werken; wir rufen Euch zu: Werft Euren Mut und Eure Geduld nicht weg! Glaubt nicht an die falsche Propaganda, daß wir Euch abgeschrieben hätten!

Wir machen Eure Not zu der uns'ren und wollen nicht müde werden, für Euch zu sorgen. Deshalb rufen wir auch jetzt wieder die Deutschen in der Bundesrepublik mit großem Ernst und allem Nachdruck auf, ihre Hilfeleistung für die Menschen in der Sowjetzone im Geiste echter Nächstenliebe weiter zu verstärken und die Beziehungen von Mensch zu Mensch über den Eisernen Vorhang hinweg unablässig zu erweitern und zu vertiefen."

Der freien Welt aber rufen wir zu, daß ein zerrissenes Deutschland eine immerwährende Gefahr für die Welt ist.

Zum Generalthema: "Das evangelische Verständnis von Staat und Politik" (Gesamtentschließung)

Der Staat ist Ordnung Gottes für die Welt. Die Bürger sind als Christen verpflichtet, für Leben und Freiheit des Nächsten einzustehen. Dadurch entsteht im Staate die in Freiheit gelebte Gemeinschaft.

Aus der Geschichte der jüngsten Zeit haben wir erfahren, wohin es führt, wenn ein Volk die Macht des Staates total werden läßt und ihn damit zum Götzen erhebt, oder wenn es den Staat zum Tummelplatz menschlicher Willkür und Ungebundenheit macht.

Evangelische Christen lassen sich oft dazu verführen, sich zu wenig auf das christliche Verständnis des Staates zu besinnen. Sie kommen dadurch in Gefahr, die hieraus erwachsenden Pflichten nicht zu erfüllen.

Deshalb rufen wir die evangelischen Christen auf, aus der weiterhin noch herrschenden politischen Gleichgültigkeit herauszutreten und gemeinsam mit den katholischen Christen einen politischen Standort für die Mitarbeit am demokratischen Staate einzunehmen. Wir wiederholen unseren Ruf, daß der evangelische Politiker in der Gemeinde mitarbeiten muß.

Wir treten dem Versuch, die christliche Besinnung auf die Verantwortung in Staat und Politik als Klerikalisierung oder Konfessionalisierung zu diffamieren, entgegen.

Unser evangelisches Verständnis des Staates bewahrt uns davor, die Aufgaben von Staat und Kirche zu vermischen. Wir wünschen nicht, daß die Kirche den Staat beherrscht, ebenso, wie wir uns in Erinnerung an die Beschlüsse der Barmer Bekenntnissynode vor 20 Jahren dagegen wehren, daß der Staat sich die Herrschaft über die Kirche anmaßt. Wir wollen auch die Aufgaben von Partei und Kirche nicht ineinandermengen.

Wir erkennen aber, daß die Anrufung der Freiheit gegen die Wahrnehmung einer christlichen Verantwortung in der Politik keine Beweiskraft hat. Es gibt keine stärkere Sicherung der Freiheit der Menschen als das Ernstnehmen des Wortes Gottes. Dieses Wort bewahrt uns davor, das Leben der Menschen und des Staates einem falschen, veräußerlichten Freiheitsbegriff und damit der Hemmungslosigkeit zu unterstellen.

Das Wort Gottes erhebt einen umfassenden Anspruch auf das Leben der Menschen. Es gibt keinen Bereich, der ihm verschlossen sein darf. Darum wollen wir auch, daß in der Schule Raum für eine die Gesamtheit der Erziehung bestimmende christliche Grundlage ist. Wir wollen dem Staate und den Eltern den ihnen gebührenden und von ihrer Verantwortung bestimmten Einfluß auf Schule und Erziehung sichern. Ob es Schulen für Schüler aller Bekenntnisse oder jeweils für Kinder eines Bekenntnisses gibt, ist landschaftlich und nach dem Willen der Eltern verschieden geregelt. Immer müssen nach unserem Willen Lehrer und Schüler in vollem Umfang die Freiheit haben, in der Schule - und zwar in allen Fächern - als Christen zu leben. Das ist unseres Erachtens die wirksamste Sicherung der Freiheit der Persönlichkeit. Jedes falsche Verständnis von Freiheit und Toleranz setzt Lehrer und Schüler der Gefahr aus, zum Objekt weltanschaulicher oder politischer Ideologien zu werden.

Wir sind uns der vorhandenen Unterschiede in den Anschauungen evangelischer und katholischer Christen zu manchen Fragen bewußt. Wir fühlen uns aber auf Grund der Erfahrungen unserer gemeinsamen politischen Arbeit nur in unserem Willen bestärkt, sie fortzusetzen. Wer uns zur Wahrnehmung einer angeblichen evangelischen Verantwortung gegenüber katholischen Machtansprüchen aufruft, müßte uns erst sichtbar machen, daß er das aus der gleichen kirchlichen Verantwortung heraus tut, in der

wir stehen wollen, und daß er an der kirchlichen Besinnung und Entwicklung, die zu unserem Wege führte, teilgenommen hat. Wir sehen den politischen Standort evangelischer Christen in der CDU/CSU und in der politischen Zusammenarbeit der Konfessionen als gegeben an.

Als Christen, denen die Verantwortung für die Nächsten auch in der Politik besonders befohlen ist, wissen wir uns den zur Zeit von uns getrennten Brüdern unlöslich verbunden. Wir rufen uns und unsere Freunde zur täglich neuen und stärkeren Bekundung dieser Gemeinschaft durch jede mögliche Form der Begegnung und Hilfe auf. Wir wissen aber auch, daß die politische Gemeinschaft der Deutschen nur das Ergebnis nüchternen politischen Handelns und Verhandeln sein kann. Die bisherige Politik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß es ein handlungsfähiges Deutschland gibt, das die erste Grundlage einer Wiedervereinigung ist. Wir werden unsere Bemühungen um die Wiedervereinigung auf nationaler und übernationaler Ebene fortsetzen. Wir sind bereit, mit jedem, der zur deutschen Einheit in Freiheit wirklich helfen will, zu verhandeln. Wir wissen aber auch, daß wir der deutschen Einheit und dem deutschen Volk keinen Dienst tun, wenn wir die Einheit durch den Verlust der Freiheit erkaufen wollten. Unser Verständnis der politischen Verantwortung gebietet uns, auf dem bisherigen Wege der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und der Wiedervereinigung in Freiheit weiterzugehen.

W o r m s, 6. - 8. Mai 1955

Zum Thema: "Unsere Verteidigungspflicht"

1. Unser Staat wird erst dann gesichert sein, wenn im ganzen Volk auch die Verteidigung als Notwendigkeit empfunden wird. Alle Bürger müssen dazu in ihrem Vaterland auch eine sittliche und soziale Aufgabe sehen.
2. Die Verteidigung unserer Freiheiten nach außen verlangt eine sorgfältige Wahrung der menschlichen Würde des Einzelnen. Der Verteidigungswert der Streitkräfte und damit die Sicherung von Recht und Frieden hängen von dem Maße ab, in welchem dem einzelnen Soldaten Freiheit und Verantwortung zugewiesen werden, so daß er den von ihm geforderten Gehorsam persönlich bejahen kann. Die geistigen und technischen Anforderungen an den heutigen Soldaten verlangen Einsicht in die sachlichen Erfordernisse und freiwillige Einordnung.
3. Die Tatsache, daß Teile unserer Jugend die Verteidigungspflicht noch nicht anerkennen, stellt außerordentliche Anforderungen an die menschlichen Qualitäten und das fachliche Können der künftigen Vorgesetzten. Deshalb müssen sie mit großer Sorgfalt ausgewählt und über das rein Fachliche hinaus auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Überstürzungen am Anfang würden zu Schäden führen, die später schwer zu beheben sind.
4. Der Geist unserer Streitkräfte ist Teil und Ausdruck unserer demokratischen Staats- und Lebensordnung. Beide sind unlöslich miteinander verbunden.

Zum Generalthema: "Christ und Vaterland" (Gesamtentschließung)

Wir evangelischen Mitglieder der CDU/CSU, die wir aus allen Ländern der Bundesrepublik und aus Berlin zu gemeinsamer Besinnung über unsere Verpflichtung gegenüber Volk und Vaterland in Worms zusammengelassen sind, erklären:

Durch den völligen Zusammenbruch, der vor zehn Jahren nicht ohne eigene Schuld über unser Volk gekommen ist, und durch alle Nöte, die daraus entstanden sind, werden wir gemahnt, das, was Gott uns in der Gemeinschaft unseres Volkes als Grundlage

unserer geistigen und leiblichen Existenz gegeben hat, erst recht ernst zu nehmen. Wir stehen in Liebe und Treue zum deutschen Vaterland, gerade, weil es seine innere und äußere Gestalt noch nicht wiedergefunden hat. Nur durch die Kraft unserer tätigen Bejahung der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Einheit unseres Vaterlandes erwachsen.

Die Vollziehung der Pariser Verträge hat einen Abschnitt im Lebensgang des deutschen Volkes beendet. Er führte langsam, aber stetig vom völligen Zusammenbruch über die staatliche Neuordnung durch das Grundgesetz von 1949 zur nunmehr erfolgten Wiederherstellung deutscher Selbstbestimmung.

Dem deutschen Volk innerhalb des Bereiches der sowjetischen Besatzungsmacht blieb es bisher versagt, an diesem Wege teilzunehmen. Die Besetzung dieses deutschen Teilgebietes wurde zu dem Versuch mißbraucht, der Bevölkerung ein ihr wesensfremdes Lebenssystem aufzuzwingen und ihr die freiheitliche und soziale Wertordnung vorzuenthalten, in der sich allein die guten und gesunden Kräfte des deutschen Volkes entfalten können.

Aufgabe und Auftrag des nächsten Abschnittes deutscher Politik bleibt, die noch voneinander getrennten Teile des deutschen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu vereinen. Wir sind uns der Verflochtenheit der politischen Probleme in der ganzen Welt bewußt und damit auch der Tatsache, daß wir die Wiedervereinigung nicht in politischer Vereinzelung herbeiführen können. Für kein Volk ist daher eine allgemeine politische Befriedung in der Welt drängender als für unser Volk. Innerhalb einer solchen Befriedung und auf Grund unseres Rechtes auf Heimat und Selbstbestimmung wollen wir unser gemeinsames staatliches Leben und seine Neuordnung nach den Werten ausrichten, die unserem Wesen und unserer Geschichte entsprechen. Wir gehören der freiheitlichen europäischen und atlantischen Welt an, die mit uns die Verantwortung für den Teil des deutschen Volkes trägt, der auf seine Rückführung in eine Ordnung der Freiheit und Selbstbestimmung harrt. Nur in der Verbindung mit den freien Völkern kann das deutsche Volk seine Einheit in Frieden und Freiheit wiedererlangen. Es gibt keinen anderen, dritten Weg.

Dem totalitären System des Kommunismus stellen wir den Auftrag gegenüber, der uns von der Freiheit des christlichen Menschenbildes her erteilt ist und der uns zur Gewährleistung der Freiheit und Würde des Einzelmenschen, zu einer sozial gerechten Ordnung und zu einem friedlichen und brüderlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern verpflichtet.

Alle künftigen Maßnahmen unserer Politik haben unter diesem Auftrag zur Wiedervereinigung zu stehen. Das ist uns aufgegeben aus unserer Verantwortung für den Nächsten und aus unserer Verantwortung für unser Land, seine Vergangenheit und seinen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Geschichte. Wir wollen das Bewußtsein für diese Aufgaben bei uns und im Ausland mehren und stärken, unser gegenwärtiges Staatsleben im Hinblick auf den künftigen gemeinsamen Staat ausbauen, die Vorbereitungen für die gesamtstaatliche Ordnung treffen und in der Zwischenzeit alles tun - jeder an seiner Stelle -, um die leibliche und seelische Bedrängnis des von uns noch getrennten deutschen Volksteiles zu erleichtern.

Wir werden vor unserem Volk und unserer Geschichte nur bestehen, wenn wir diesen Forderungen gerecht werden.

B e r l i n, 11. - 13. Oktober 1956

Zum Thema: "Grundsätze der Schul- und Kulturpolitik in Ost und West"

1. Unsere Schul- und Kulturpolitik in der Bundesrepublik leistet ihren entscheidenden Beitrag zur Wiedervereinigung durch die geistige Überwindung des kommunistischen atheisticen Materialismus. Dieser muß in seiner Theorie und Praxis studiert und durch unser eigenes kulturelles Leben widerlegt werden.
2. Dazu ist erforderlich, daß die Kulturpolitik in der Bundesrepublik ihre Gefährdung durch eine Verzettelung ihrer Kräfte (z.B. Grundlagenforschung, Ausbildung von Ingenieuren und Technikern, Finanzprobleme) in nächster Zukunft überwindet

und unter Wahrung ihrer föderalistischen Prägung ihre Willensbildung und ihre Arbeit konzentriert.

3. Die endgültige Überwindung des Schichtunterrichtes, die Verringerung der Klassenfrequenzen und die Hebung des gesamten Schulwesens müssen als Nahziele verwirklicht werden. Wichtiger ist noch die folgerichtige Einschränkung des staatlichen Schulmonopols durch eine wirksame Förderung der freien Erziehungskräfte in der Gesellschaft und in den Kirchen. In allen Ländern der Bundesrepublik sollten die Privatschulen nach gleichem Recht behandelt werden und grundsätzlich die gleiche finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder auch durch Mitarbeit an der Gestaltung des Schullebens wahrzunehmen. Wir haben zu den christlichen Lehrern das Vertrauen, daß sie unsere Kinder nicht nur im Religionsunterricht, sondern in der gesamten Erziehung mit den Kräften des Glaubens zu verbinden trachten.
4. Die Gewißheit unseres Standortes begründet unsere Toleranz gegenüber jeder echten Überzeugung, die sich im kulturellen Leben darstellt.

Zum Thema: "Was heißt 'christlich' in der politischen Verantwortung"?

1. Das Wort "christlich" im Namen unserer Partei bedeutet die Anerkennung des Anspruchs Gottes, daß auch in der Politik die Maßstäbe christlichen Glaubens und Lebens gelten. Es bedeutet nicht einen Anspruch darauf, daß die Praxis unserer Partei schlechthin als christliche Politik anzusehen wäre, und ebensowenig einen Anspruch darauf, daß alle im öffentlichen Leben tätigen Christen unserer Partei angehören müßten.
2. Ob Geistliche einer Partei beitreten und in ihr aktiv mitarbeiten sollen, ist keine grundsätzliche Frage. Die Pfarrer müssen in erster Linie Seelsorger für ihre Gemeinde sein, sie müssen also auch für die Mitglieder anderer Parteien glaubhaft bleiben. Es gibt Fälle, in denen dies durch politische Aktivität erschwert wird, aber auch andere, in denen es dadurch nicht gestört, ja sogar erleichtert wird.

3. Der Ausdruck "christliche Politik" ist mißverständlich. Er könnte dazu führen, daß Nichtchristen leugnen, diese Politik sei auch für sie verpflichtend. Man kann sich aber nicht mit der Forderung begnügen, daß der Christ in der Politik eine mehr oder weniger unverbindliche "christliche Haltung" zeigen und im übrigen rein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten handeln solle. Für den Christen, der mit der Kirche lebt, ergeben sich aus seinem Glauben auch bestimmte inhaltliche Maßstäbe für das politische Handeln. Sie entsprechen den Weisungen der Zehn Gebote in ihrem neutestamentlichen Verständnis.
4. Es erscheint fraglich, ob man für diese Grundsätze auch im evangelischen Raum den Ausdruck "Naturrecht" gebrauchen soll, denn der Begriff Natur hat in unserem wissenschaftlichen und populären Sprachgebrauch eine solche Vieldeutigkeit gewonnen, daß seine Anwendung den größten Mißverständnissen ausgesetzt wäre. Dagegen sollte stärker als bisher die Bedeutung der Sachnotwendigkeiten herausgearbeitet werden, die sich aus dem schnellen Wandel der technischen und sozialen Bedingungen ergeben.
5. Das Zeitalter der Staatsreligion ist vorbei. Der heutige Staat hat weltanschaulich neutral zu sein und der Kirche einen weiten Spielraum für die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben, vor allem auf den Gebieten der Erziehung und Wohlfahrt, zu verbürgen.

Zum Thema: "Wirtschaft und Materialismus"

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist sich darin einig, daß die Grundlagen der Erhardschen Wirtschaftspolitik nach wie vor unverändert Gültigkeit haben. Diese Politik hat in vollem Umfange ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie gibt uns die Kraft und die Sicherheit, die vor uns stehenden weiteren Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Das an sich gesunde Streben nach Verbesserung des Wohlstandes und Sicherheit darf jedoch nicht zu einem Aufkommen materialistischer Gesinnung führen. Deshalb besinnt sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU von neuem auf die geistigen

Grundlagen seines Wollens auch in der Wirtschaftspolitik. Verpflichtend ist für ihn die Werteordnung, die die politische Haltung der CDU/CSU von Anfang an bestimmt hat und die Bestandteil des Grundgesetzes geworden ist.

Diese Werteordnung schließt folgendes ein:

1. Ein ausreichendes Maß an Lebenssicherung und Versorgung für jeden einzelnen, um ihm Freiheit und Menschenwürde zu gewährleisten.
2. Die fortschreitende Technik darf den Menschen nicht beherrschen, sondern muß sein Werkzeug bleiben.
3. Unsere freiheitliche soziale Wirtschaftsordnung muß sowohl gegenüber bedrohlichen Tendenzen zum Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat als auch gegenüber dem Mißbrauch von Machtstellungen in der Wirtschaft abgesichert werden.

Den Gruppen und Verbänden gebührt ein legitimer Wirkungsraum. Sie müssen sich jedoch bewußt bleiben, daß sie Teil eines Ganzen sind und entsprechende Verantwortung zu tragen haben.

Die Demokratie gerät in Gefahr, wenn wirtschaftliche und soziale Sorgen zunehmend allein dem Staat aufgebürdet werden. Jeder hat die Pflicht, sich aktiv am Leben und an der Gestaltung des Staates zu beteiligen. Wir müssen das Gefühl der Verantwortung des einzelnen gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft, aber auch das der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen lebendig halten.

Die soziale Marktwirtschaft muß ihre sittlichen Grundlagen auch aus der evangelischen Sozialethik erhalten. Die Sozialethik muß dazu beitragen, dem Menschen zum rechten Gebrauch seiner wirtschaftlichen Freiheit zu verhelfen.

Am diesjährigen Tagungsort Berlin fühlen wir uns mit den Brüdern und Schwestern in der Zone des Schweigens eng verbunden. Die CDU/CSU ist sich bei allen ihren Entscheidungen ihrer Verantwortung auch gegenüber den 18 Millionen Menschen in Mitteldeutschland bewußt. Unser wirtschaftliches Handeln nach der Wiedervereinigung wird unsere Antwort auf die Herausforderung des östlichen Wirtschaftssystems enthalten müssen. Grundlage dieses

Handeln ist die Wiederherstellung der Entscheidungsfreiheit auch der mitteldeutschen Bevölkerung über unsere künftige Wirtschafts- und Sozialordnung. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betrachtet es als eine Hauptaufgabe, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung so auszubauen und zu festigen, daß sie jene Anziehungs- und Ausstrahlungskraft erhält, die sich am Tage der Wiedervereinigung bewähren wird.

Schlußbericht:

Die 5. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat, einem Wunsche ihres heimgegangenen Vorsitzenden Dr. Robert Tillmanns folgend, vom 11. - 13. Oktober 1956 in der Hauptstadt Berlin stattgefunden. Unter dem Generalthema: "Herausforderungen unserer Zeit" befaßte sie sich mit den Fragen christlicher Verantwortung in der Politik und der Auseinandersetzung mit den aus der gespaltenen Welt entstandenen Herausforderungen auf kulturpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet. Aufgrund der Referate von Landesbischof D. Herrtrich, Kultusminister Osterloh und Bundesminister Professor Erhard haben drei Arbeitsgruppen diese Fragen erörtert und ihre Stellungnahmen in Entschliefungen zusammengefaßt.

An der Tagung hat auch der Bundeskanzler teilgenommen und in seiner Ansprache auf die historische Bedeutung der Union als politische Gemeinschaft der beiden christlichen Konfessionen für die Politik der vergangenen Jahre und insbesondere auch für die Wiederherstellung der deutschen staatlichen Einheit hingewiesen.

Die Tagung unterschied sich von den voraufgegangenen durch die Teilnahme führender Vertreter der evangelischen Kirchen, die durch ihre Mitarbeit ihr Vertrauen zu der im Evangelischen Arbeitskreis verwirklichten politischen Arbeit bekundeten.

Der Verlauf der Tagung gab allen Teilnehmern die Gewißheit, daß im evangelischen Bevölkerungsteil die Erkenntnis durchgedrungen ist, daß die von der CDU/CSU maßgebend geleitete deutsche Politik der vergangenen Jahre sich erfolgreich bewährt hat, und daß der von ihr beschrittene Weg uns zu dem heißersehten Ziel der Wiederherstellung des gesamtdeutschen Staates führen wird.

Die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU sind bereit, sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und sie zu beantworten.

K a s s e l, 20. - 22. Juni 1957

Zum Generalthema: "Evangelische Verantwortung heute"
(Kasseler Erklärung)

Die Union lebt!

Der evangelische Christ kann und darf der großen Wahlentscheidung dieses Jahres am 15. September nicht ausweichen. Er muß sich ihr stellen.

Der einzige neue politische Ansatz nach 1945 ist der Weg der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union. In ihr schlossen sich erstmals evangelische und katholische Christen in Verantwortung für das öffentliche Leben zusammen. Dieser gemeinsame Weg hat sich bewährt.

Wir sind unter dem Zeichen "christlich" angetreten. Damit haben wir keinen Monopolanspruch erhoben. Wir haben uns vielmehr selbst herausgefordert, indem wir uns unter diese gemeinsame Verpflichtung gestellt haben. Das bedeutet kein Urteil über andere.

Wir Evangelischen bringen ein reiches und vielfältiges Erbe in die CDU/CSU ein: ein konservatives, ein pietistisches, ein liberales, ein christlich-soziales Erbe; nicht zuletzt den Ertrag des kirchlichen und politischen Widerstandes gegen totalitäre Gewalten.

Die katholischen und evangelischen Christen in der CDU/CSU sind sich des Wertes ihres beiderseitigen Beitrages bewußt. Darum Schluß mit dem unheilvollen antirömischen Komplex! Unsere Gegner möchten gern aus der CDU/CSU eine katholische Partei machen. Diese Bemühungen sind aussichtslos.

Die Union ist Wirklichkeit!

Das wissen auch unsere politischen Gegner. Würden sie sonst versuchen, ihre Wahlparolen dieser neuen Entwicklung anzupassen?

Unser Auftrag in der CDU/CSU ist unter dem Zeichen "christlich" jenseits von Standes- und Klassengegensätzen zu einem verpflichtenden Miteinander der bewahrenden, der freiheitlichen und der sozial-fortschrittlichen Kräfte geworden.

Das hat uns stark gemacht. Das hat uns den Weg zum Aufstieg Deutschlands gewiesen.

Das ist auch der Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Er gebietet uns, das Leid unserer Brüder im sowjetischen Machtbereich in diesem Geist eines neuen Verstehens und persönlicher Opfer auf uns zu nehmen.

Wir wollen uns in diesem Wahlkampf mit unseren Gegnern auf der Grundlage verantwortlicher Aufbauarbeit für Deutschland messen. Die aber spricht für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union.

E s s e n , 6. und 7. Juni 1958

Zum Generalthema: "Wiedervereinigung - Verteidigung - Europa"
(Aufruf)

An die evangelischen Christen Deutschlands

Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt.

Sie treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf. Sie vermessen sich, diejenigen, die aus christlicher Verantwortung in ihrem Amt die Landesverteidigung ernst nehmen, der Verleugnung aller drei christlichen Glaubensartikel zu zeihen, ja, sie Atheisten zu nennen.

Daß die atheistisch-kommunistische Ideologie mit allen modernen Mitteln einer Diktatur die freie Welt zu übermächtigen sucht, wird verharmlost oder verschwiegen.

Der Friede ist unser kostbarstes Gut. Wir stellen nur die Wirklichkeit des Friedens gegen die Illusion eines Friedens, die die Kapitulation aus der Angst vorbereitet.

Die allgemeine kontrollierte Abrüstung der konventionellen und nuklearen Waffen ist unser oberstes Ziel. Aber bis dahin - täuschen wir uns nicht! - beruht die Wirklichkeit des Friedens auf der indirekten Verteidigung: dem Gleichgewicht der Kräfte.

Die bequeme Ausflucht in den allzu billigen Frieden ist die eigentliche Kriegsgefahr - nicht anders als 1939. Die pazifistische Schwäche seiner Gegner hat Hitler damals ermutigt, sein Risiko gering einzuschätzen.

Als evangelische Christen in der öffentlichen Verantwortung beschwören wir daher die berufenen Vertreter der evangelischen Kirche,

wachsam und nüchtern die Geister zu scheiden, uns immer neu in der Verantwortung des Friedens zu rufen, aber sich nicht in politische Entscheidungen drängen zu lassen. Das ist nicht ihres Amtes.

Wir rufen unser Volk auf,

an unsere Landsleute in Mitteldeutschland zu denken, die von uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Befreiung vom sowjetisch-ideologischen Joch vertrauensvoll erwarten. Die Gewissensnot drüben ist grauenhaft. Wenn wir nicht frei bleiben, können sie nicht frei werden.

Wir bitten unser Volk,

nicht den Parolen der unverbindlichen Vorleistung der einseitigen Abrüstung und der Kapitulation in Raten zu folgen.

Wir beschwören unser Volk,

nüchtern eingedenk zu bleiben, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit Opfer, Mut und Disziplin kosten - wider alle Angst vor dem Kommunismus und der Atombombe.

Laßt uns in der Kraft des Glaubens alle Angst überwinden.